

Personenbezogene Bezeichnungen in diesem Dokument beziehen sich auf alle Geschlechter in gleicher Weise.

1530K – LANDWIRTSCHAFTS-FIRMEN-RECHTSSCHUTZ - GRUNDDECKUNG

Versichert sind folgende Rechtsschutz-Bausteine:

In Erweiterung von Artikel 6.4.1 i. V. m. Artikel 10.7 ARB werden die Kosten der Mediation übernommen.

- 1. Für den land- und/oder forstwirtschaftlichen Betrieb:**
- 1.1 Schadensersatz-Rechtsschutz für den Betriebsbereich (Artikel 19.1.3 ARB)
- 1.2 Straf-Rechtsschutz für den Betriebsbereich (Artikel 19.1.3 ARB)
- 1.2.1 Der Versicherungsschutz gemäß Artikel 19.1.3 ARB erstreckt sich auch auf die Vertretung in Verfahren gegen das versicherte Unternehmen nach dem Verbandsverantwortlichkeitsgesetz (VbVG) mit folgenden Erweiterungen (Unternehmens-Straf-Rechtsschutz):
Der Versicherer übernimmt
 - die Kosten für den Zeugenbeistand durch einen Rechtsanwalt, wenn eine versicherte Person in einem Straf- oder Verwaltungsstrafverfahren als Zeuge vernommen wird und die Gefahr einer Selbstbelastung annehmen muss;
 - die angemessenen Kosten für Sachverständigengutachten, die der Versicherte selbst zur notwendigen Unterstützung seiner Verteidigung veranlasst. Vor Beauftragung des Sachverständigen ist die Zustimmung des Versicherers einzuholen;
 - die einem Privatbeteiligten in einem Strafverfahren gegen den Versicherungsnehmer entstandenen Kosten, soweit der Versicherungsnehmer diese freiwillig übernimmt, um zu erreichen, dass das Verfahren eingestellt wird, obwohl ein hinreichender Tatverdacht fortbesteht. Die Rechtsanwaltskosten des gegnerischen Privatbeteiligten werden vom Versicherer bis zur Höhe der gesetzlichen Vergütung gemäß Rechtsanwaltsstarifgesetz (RATG) übernommen;
 - die Kosten für eine einmalige Präventionsberatung zum Unternehmensstrafrecht bis maximal 2 % der Versicherungssumme – auch ohne Vorliegen eines Versicherungsfalles.
- 1.2.2 Abweichend von Artikel 19.2.2 ARB besteht Versicherungsschutz ab einem Betrag von EUR 200,– (Bagatellgrenze; anstelle der im Rahmen der ARB vorgesehenen 0,3 % der Versicherungssumme).
- 1.2.3 Abweichend von Artikel 19.2.3 ARB ist im Ermittlungsverfahren ein Sublimit von 20 % der Versicherungssumme vereinbart.
- 1.2.4 Abweichend von Artikel 19.2.4 ARB besteht unabhängig vom Ausgang des Verfahrens kein Versicherungsschutz, nur wenn
 - der versicherten Person gewerbsmäßige Begehung gemäß § 70 StGB vorgeworfen wird, oder
 - mindestens eine noch nicht getilgte Vorstrafe vorliegt, die auf der gleichen schädlichen Neigung gemäß § 71 StGB beruht, oder
 - es sich bei dem den Versicherungsfall begründenden Delikt um §§ 107a (beharrliche Verfolgung), 107b (fortgesetzte Gewaltausübung), 111 (üble Nachrede) oder 115 (Beleidigung) StGB handelt und gegen die versicherte Person innerhalb der letzten 24 Monate bereits ein auf das gleiche Delikt begründendes Strafverfahren eingeleitet wurde, oder
 - es sich bei dem den Versicherungsfall begründenden Delikt um §§ 75 (Mord) StGB handelt.
- 1.3 Arbeitsgerichts-Rechtsschutz für den Betriebsbereich (Artikel 20.1.2 ARB)
Abweichend von Artikel 20.2.3 ARB übernimmt der Versicherer in Fällen des Artikels 20.2.1 und 2.2 ARB auch Kosten, die für die Wahrnehmung rechtlicher Interessen vor Einleitung eines Verfahrens vor einem Gericht oder einer Verwaltungsbehörde entstehen bis 3,5 % der Versicherungssumme, sofern die Angelegenheit dadurch endgültig beendet ist oder diese Kosten vom Einheitssatz des nachfolgenden Verfahrens nicht umfasst sind.
In Erweiterung von Artikel 20.2 ARB besteht für den Versicherungsnehmer in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber Versicherungsschutz für die Wahrnehmung rechtlicher Interessen für das Verfahren gemäß § 8 Behinderteneinstellungsgesetz (BEinstG).
Der Versicherungsschutz für die außergerichtliche Wahrnehmung der rechtlichen Interessen gemäß Artikel 20.2.3 ARB beinhaltet auch die Kosten einer Mediation.
- 1.4 Sozialversicherungs-Rechtsschutz für den Betriebsbereich (Artikel 21.1.2 ARB)
- 1.5 Versicherungsvertrags-Rechtsschutz für den Betriebsbereich
Der Versicherungsschutz gemäß Artikel 23 ARB erstreckt sich auf die Wahrnehmung rechtlicher Interessen aus Versicherungsverträgen in gerichtlichen Verfahren.
Der Ausschluss gemäß Artikel 7.4.4 ARB gilt insofern nicht.
Als Versicherungsfall gilt das Schadensereignis, welches den Leistungsanspruch aus dem streitgegenständlichen Versicherungsvertrag ursächlich begründet.
Für den Versicherungsschutz für die Wahrnehmung rechtlicher Interessen aus Kraftfahrzeug-Versicherungsverträgen finden die Bestimmungen gemäß Artikel 17.4 ARB sinngemäß Anwendung.
Kein Versicherungsschutz besteht für die Wahrnehmung rechtlicher Interessen aus gegenständlichem Rechtsschutzversicherungsvertrag.
Für Versicherungsfälle, die vor Ablauf von drei Monaten ab dem für dieses Risiko vereinbarten Versicherungsbeginn eintreten, besteht kein Versicherungsschutz.
- 1.6 Rechtsschutz für Lebensmittelgegenprobe

In Erweiterung zu Artikel 19 ARB umfasst der Versicherungsschutz auch die Kosten der Gegenprobenuntersuchung, wenn bezüglich der gezogenen Probe ein unter Deckung fallendes Strafverfahren nach dem Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz (LMSVG) eingeleitet wird. Einmal pro Versicherungsperiode übernimmt der Versicherer 75 % der Kosten einer vom Versicherungsnehmer beauftragten, gezogenen Probe auch dann, wenn kein Strafverfahren eingeleitet wird.

1.7 Beratungs-Rechtsschutz für den Betriebsbereich (Artikel 22.1.2 ARB)

Die Leistung des Versicherers ist mit 0,25 % der Versicherungssumme pro Versicherungsperiode beschränkt.

1.8 Gutachten-Rechtsschutz

Der Versicherungsschutz umfasst die Kosten für außergerichtliche Gutachten in allen Streitigkeiten des versicherten Betriebs (unabhängig davon, ob für die Streitigkeit an sich Versicherungsschutz bestehen würde oder nicht), wenn die Angelegenheit nicht gerichtlich ausgetragen wird, sowie im Strafverfahren.

Die Leistungen des Versicherers sind mit 0,5 % der Versicherungssumme pro Versicherungsperiode begrenzt.

2. Für die Betriebsangehörigen (im Zusammenhang mit der Tätigkeit für den versicherten land- und/oder forstwirtschaftlichen Betrieb):

Als Betriebsangehörige gelten alle Arbeitnehmer im Sinne des § 51 ASGG.

2.1 Schadensersatz-Rechtsschutz für den Berufsbereich (Artikel 19.1.2 ARB)

2.2 Straf-Rechtsschutz für den Berufsbereich (Artikel 19.1.2 ARB)

2.2.1 Abweichend von Artikel 19.2.2 ARB besteht Versicherungsschutz ab einem Betrag von EUR 200,- (Bagatellgrenze; anstelle der im Rahmen der ARB vorgesehenen 0,3 % der Versicherungssumme).

2.2.2 Abweichend von Artikel 19.2.3 ARB ist im Ermittlungsverfahren ein Sublimit von 20 % der Versicherungssumme vereinbart.

2.2.3 Abweichend von Artikel 19.2.4 ARB besteht unabhängig vom Ausgang des Verfahrens kein Versicherungsschutz, nur wenn

- der versicherten Person gewerbsmäßige Begehung gemäß § 70 StGB vorgeworfen wird, oder
- mindestens eine noch nicht getilgte Vorstrafe vorliegt, die auf der gleichen schädlichen Neigung gemäß § 71 StGB beruht, oder
- es sich bei dem den Versicherungsfall begründenden Delikt um §§ 107a (beharrliche Verfolgung), 107b (fortgesetzte Gewaltausübung), 111 (üble Nachrede) oder 115 (Beleidigung) StGB handelt und gegen die versicherte Person innerhalb der letzten 24 Monate bereits ein auf das gleiche Delikt begründendes Strafverfahren eingeleitet wurde, oder
- es sich bei dem den Versicherungsfall begründenden Delikt um §§ 75 (Mord) StGB handelt.

2.3 Sozialversicherungs-Rechtsschutz für den Berufsbereich (Artikel 21.1.1 ARB)